

"Plan B": Wenn's schief geht im Irak

BÜRGERKRIEG IM IRAK: WAS DANN, AMERIKA?

Nach einem desaströsen Jahr der Amerikaner im Irak musste Präsident Bushs Regierungspartei im November 2006 mit der Wahlniederlage der Republikaner im Kongress einen Denkkzettel der Wähler einstecken. Am Tag nach der Wahlschlappe signalisierte der U.S.-Präsident mit der Entlassung von Verteidigungsminister Rumsfeld eine erste Konsequenz der Wählerkritik.

Der von Vielen erhoffte und von der Baker-Hamilton-Kommission vorgeschlagene Strategiewechsel im Irak ließ jedoch auf sich warten. Mit seiner zu Jahresbeginn angekündigten "neuen Irakstrategie" hielt George Bush unbeirrt am Ziel fest, den Krieg im Irak zu gewinnen. Tagtäglich versinkt der Irak jedoch tiefer in die Abgründe eines Bürgerkriegs. Während Vize-Präsident Cheney in diesen Tagen öffentlich auf die amerikanischen Erfolge im Irak verweist, beginnt man in Washingtoner Politikkreisen laut darüber nachzudenken, welche Optionen der USA zur Verfügung stünden, wenn Präsident Bushs letzter Rettungsversuch im Irak fehlschlagen sollte. Im Rahmen des "Irak-Projektes" der den Demokraten nahe stehenden Brookings Institution stellten am 29. Januar zwei renommierte Nahost-Experten die Studie "Things Fall Apart: Containing the Spillover from an Iraqi Civil War" vor, in der sie der Frage nachgehen, wie Amerika am besten mit einem Bosnien- oder Libanon-ähnlichen Bürgerkrieg im Irak umgehen sollte. Basierend auf der Analyse vergangener Bürgerkriege untersuchen die Autoren Daniel Byman und Kenneth Pollack generelle "Verbreitungsmuster" ("spillover patterns"), denen zufolge bürgerkriegsähn-

liche Konflikte auf Nachbarländer übergreifen und weitere Bürgerkriege oder regionale Konflikte verursachen. Aus diesen geschichtlichen Fallstudien ziehen Byman und Pollack Schlussfolgerungen für die künftige Irakpolitik der USA und empfehlen Optionen zur Eindämmung der "spillover"-Konsequenzen eines offen ausgebrochenen Bürgerkrieges im Irak.

Warum soll sich Amerika um einen irakischen Bürgerkrieg kümmern?

Nach Ansicht von Professor Daniel Byman, Leiter des Programms für Sicherheitsstudien an der Georgetown University und externer Forschungsexperte des bei der Brookings Institution angesiedelten Saban Center for Middle East Policy, sind im Irak bereits jetzt Indikatoren typischer Bürgerkriege sichtbar, z.B. die Schwächung der zentralen Regierung ("failed state"), anhaltend viele Todesopfer, Flüchtlinge, gewalttätige Führer von Splittergruppen, sowie die Verflechtung benachbarter Staaten in die Konfliktsituation. Die "spillover"-Konsequenzen eines irakischen Bürgerkrieges, so Byman, könnten katastrophale Ausmaße annehmen. Da Amerika jedoch zu viele strategische Interessen im Nahen Osten habe, könne man es sich nicht leisten, die Auswirkungen eines Bürgerkriegs zu ignorieren. Stattdessen müssten die USA jetzt einen Plan zur Eindämmung eines offenen Bürgerkrieges entwickeln. Nicht zuletzt sei es ein moralischer Imperativ Amerikas, das Problem, das es selbst kreiert habe, auch wieder aus der Welt zu schaffen. Laut Byman bergen historisch gesehen sechs "Übergreifmuster" in Bürgerkriegsfällen die größte Gefahr: Ers-

tens: Die größten Auswirkungen eines Bürgerkrieges hätte generell das Flüchtlingsproblem. Bereits jetzt seien 600.000 Iraker nach Syrien, 700.000 nach Jordanien und über 50.000 in den Iran geflüchtet. In Flüchtlingslagern mischten sich traditionell Tausende von bewaffneten Kämpfern mit Flüchtlingen. Dies sei in Ruanda der Fall gewesen und habe schließlich zu dem Bürgerkrieg im Kongo geführt. Zweitens beinhalteten Bürgerkriege immer ein Potenzial für internationalen Terrorismus. So zum Beispiel versuche al-Qaida, sich Aufstände in muslimischen Regionen zu Nutze zu machen. Es bestehe die reelle Möglichkeit, dass im Falle eines Abzugs der U.S.-Truppen aus dem Irak, die Dschihadisten aus einem Chaos in vielerlei Hinsicht profitieren könnten. Drittens resultiere ein Bürgerkrieg immer wieder in einer Radikalisierung benachbarter Bevölkerungen, beispielsweise durch die Agitation grenzüberschreitender ethnischer Gemeinschaften. Die daraus resultierende Instabilität wiederum führe viertens zu Abspaltungsbewegungen ("secessionism"). Fünftens bringe ein Bürgerkrieg enorme wirtschaftliche Verluste für Nachbarländer mit sich, u.a. im Rahmen von Flüchtlingsfürsorge, Terrorismusbekämpfung, Investitionsverlusten sowie Belastungen des Gesundheitssystems. Schließlich resultierten Bürgerkriege oft in Interventionen der Nachbarstaaten, die etwa versuchten, Flüchtlingsströme einzudämmen (im Falle von Jugoslawien) oder Terrorismus zu bekämpfen (z.B. Israels Intervention im Libanon).

Was kann Amerika zur Eindämmung des Bürgerkrieges tun?

Falls Präsident Bushs neuer Irakplan fehlschlagen sollte und Irak nicht gerettet werden kann, muss sich, so die Autoren der Studie, Amerika auf die Frage vorbereiten, wie die Konsequenzen eines irakischen Bürgerkrieges für die USA zu "managen" sind. Für den ehemaligen CIA-Experten und Nahostberater im Sicherheitsrat von Präsident Clinton, Dr. Ken Pollack, derzeit Forschungsleiter des Saban Center for Middle East Policy, gilt auch für diesen Fall, dass die Vereinigten Staaten ihre Interessen in dieser Region wahren müssen. Die Interes-

sen der USA würden sich jedoch dahingehend ändern, dass Amerika im Falle eines irakischen Bürgerkrieges versuchen müsse, den Konflikt einzudämmen: "Ein totaler Bürgerkrieg im Irak wird tragisch, aber dessen Ausbreitung wäre katastrophal."

In der Studie unterbreiten Byman und Pollack zwölf Optionen zur Eindämmung ("containment options") eines irakischen Bürgerkrieges. Dabei sind sich die Autoren sehr wohl darüber bewusst, dass es keine Wunschlösung gibt: "Unsere Optionen im Irak sind alle wirklich schrecklich." Es ginge jedoch darum, die "am wenigsten schlechte" Option auszuloten. Die vorgestellten Optionen fallen in drei Kategorien: erstens "eine Politik, die zu vermeiden ist", zweitens "eine risikoarme und wenig schlagkräftige Politik" und drittens "eine risikoreiche und durchschlagende Politik." Die Autoren empfehlen zwölf Strategieansätze, die jeweils einzeln oder in Kombination miteinander Anwendung finden könnten:

- Die USA sollten keine "Gewinner" aussuchen.
- Die USA sollten es zunächst vermeiden, Abspaltungen zu unterstützen.
- Die USA sollten das Problem nicht an die Vereinten Nationen abgeben.
- Die USA sollten sich aus irakischen Ballungszentren zurückziehen.
- Die USA sollten Iraks Nachbarstaaten unterstützen.
- Die USA sollten regionale Stabilität verstärken.
- Die USA sollten ausländische Interventionsbestrebungen bremsen.
- Die USA sollten dem Iran gegenüber Grenzen ("red lines") aufzeigen.
- Die USA sollte eine Kontaktgruppe einrichten.
- Die USA sollten sich auf Unterbrechungen bei der Ölzufuhr einstellen.
- Die USA sollten die Kurden "managen".
- Die USA sollten terroristische Einrichtungen angreifen.
- Die USA sollten "Sicherheitsoasen" oder "Auffangbecken" für Flüchtlinge an den Grenzen Iraks einrichten.

Zum Abschluss seiner Ausführungen mahnte Pollack, dass diese Eindämmungsstrate-

gien viele negative Seiten mit sich brächten: "Irak wird in Flammen aufgehen." Vor allem die einfachen Optionen hätten wenig Schlagkraft. Angesichts der enormen Auswirkungen, die ein irakischer Bürgerkrieg auf die Persische Golfregion, wenn nicht sogar für den gesamten Nahen Osten, habe, plädierte Pollack für ein anhaltendes Engagement der Amerikaner im Irak: "Wenn wir jedoch einen Bürgerkrieg nicht verhindern können, dann könnte die Eindämmung des Bürgerkrieges, wie schrecklich sie auch zu werden droht, unsere am wenigsten schlechte Option sein."

Top-Republikaner warnt vor "Windmühlen" im Nahen Osten

Während das Weiße Haus weiterhin an der Siegesstrategie für den Kampf im Irak festhält, toben im Kongress die Kämpfe an zwei Fronten: einerseits spielt sich der Kampf um die "richtige" Irakpolitik Amerikas vor den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit in wortstarken Debatten um sowohl von Demokraten als auch Republikanern eingebrachten "nicht bindenden" Kongressresolutionen ab. Andererseits kämpfen beide Parteien um die eigene Geschlossenheit mit Blick auf eine wegsame Irakpolitik, die sich von der des Präsidenten absetzt, nicht zuletzt mit einem Auge auf die eigenen politischen Überlebenschancen in den Kongress und Präsidentschaftswahlen 2008. Der Widerstand des Kongresses stammt jedoch nicht nur von Seiten der jetzt die Macht habenden Demokraten, sondern auch von Spitzenpolitikern der Republikaner, u.a. Senator Chuck Hagel (möglicher Präsidentschaftskandidat) und Senator John Warner (ehemaliger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Senat). Mit Senator Richard Lugar reiht sich eine Republikanische Ikone in die Reihe der Rufer in der Wüste ein. Der ehemalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat warnte am 30. Januar¹ in einem Meinungsartikel der Washington Post vor einem Realitätsverlust der Bush-Regierung: "Die Administration muss es vermeiden, in ihrem Versuch, im Irak das optimale Ergebnis zu erreichen, so "quixotisch" zu werden, dass sie es versäumt, sich den Veränderungen in der Region oder den politischen Realitäten im

Irak anzupassen." Lugar zeigt in seinem Leitartikel durchaus Verständnis dafür, dass die Bush-Regierung zögert, von einem "Plan B" zu sprechen, wenn der erste Plan noch voll in Bewegung sei, warnt jedoch davor, dass der Präsident und der Kongress einen Konsens darüber erreichen müssen, wie die weiteren strategischen Interessen Amerikas in der Region gewahrt werden können, "egal was in diesen Nachbarschaften in Bagdad oder im Plenarsaal des Senats passiert." Falls dies nicht geschieht, so warnt Lugar in Richtung Weißes Haus, könnte dies nicht nur zu einer Ablehnung des Bush-Plans im Kongress führen, sondern auch "zur Preisgabe der Instrumente und Beziehungen, die wir brauchen, um unsere vitalen Interessen im Nahen Osten zu verteidigen."

Anmerkungen

Der Gesamttext der Studie findet sich unter diesem Link:

http://media.brookings.edu/MediaArchive/fp/jan2007iraq_civilwar.pdf

¹ <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/01/29/AR2007012901445.html>